

## **„Das Risiko, ins Fettnäpfchen zu treten, ist groß“**

Aktualität schlägt Inszenierung: 2006 musste das EU-Vorsitzland Österreich bereits mehrfach als Krisenfeuerwehr tätig sein.

Heike Hausensteiner

In Salzburg ging soeben der „Sound of Europe“ über die Bühne – und in Palästina feierte die Hamas ihren ersten Wahlsieg. Im Wiener Musikverein wurde eben das Neujahrskonzert beklatscht – da führte ein Streit zwischen Russland und der Ukraine der EU ihre Energieabhängigkeit vor Augen. Österreich feiert das Mozartjahr – und in Europa breitet sich die Geflügelpest aus.

Bereits mehrmals ist die liebevolle Inszenierung des österreichischen EU-Vorsitzes durch die Aktualität über den Haufen geworfen worden. Denn 2006 musste die EU schon des Öfteren als Krisenfeuerwehr ausrücken. Weder die Krise mit dem Iran noch der Karikaturenstreit waren eingeplant.

### **„Das Mikro vor den Mund gehalten“**

Ob das den Ablauf des österreichischen Vorsitzes stört? Man wolle sich „als internationaler Player dem heimischen Publikum präsentieren. Das ist im Medienzeitalter so“, konstatiert im Gespräch mit den SN Sonja Puntscher-Riekmann, Politologin und Vizerektorin an der Universität Salzburg. Politik dürfe aber nicht „über Probleme hinwegturnen“ und auf das gestalten von freundlichen Veranstaltungen wie zuletzt „Sound of Europe“ beschränken.

„Natürlich ist das Risiko, in ein Fettnäpfchen zu treten, groß“, betont Otmar Höll, Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik in Wien. „Die Inszenierung eines politischen Großereignisses darf nicht nur Eventcharakter haben, sondern soll mit Inhalt gefüllt sein – der mit der Realität zu tun hat: Darstellen, warum die EU wichtig ist für einen kleinen Staat wie Österreich in einer globalen Welt mit so vielen Konflikten.“

Das sollte der derzeitige EU-Vorsitz leisten, fordert Höll. Die positive Darstellung der Union dürfe nicht auf sechs Monate beschränkt sein. Der EU-Vorsitz sei nur „ein Stück Leadership“. Das Problem bestehe darin, dass die Union „keine wirkliche Außen- und Sicherheitspolitik“ habe, meint Höll. Hier fehle die EU-Verfassung. Österreich sollte jetzt eine Diskussion über den Verfas-

sungsvertrag einleiten, sind sich die Politikwissenschaftler einig.

„Im Moment habe ich eher den Eindruck, dass die vereinbarte Reflexionsphase nach den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden zum Einschläfern der Debatte führt“, so Puntscher-Riekmann. Die Verfassung sehe etwa einen hauptamtlichen EU-Ratspräsidenten für jeweils zwei Jahre vor. Bei internationalen Krisen sei denn auch „eine ganz andere Form der Führung gefordert“.

Wenn es zu einer Entscheidung kommen solle, müsse diese vorbereitet, über den Verfassungsvertrag und die Budgetplanung bis 2013 müsse daher mehr geredet werden, fordern Höll und Puntscher-Riekmann. Abgesehen von den weiter schwelenden internationalen Konflikten ist für sie der Karikaturenstreit die bisher größte Krise der EU in diesem Jahr. Bei der „ersten Nagelprobe“, so Puntscher-Riekmann, hätten im „Buhlen um die Ökonomie der Aufmerksamkeit“ viele Politiker zu reflexartig reagiert. „Das Mikro vor den Mund gehalten, geben sie Floskeln von sich, die nichts bedeuten.“

### **„Die Welt nicht aus den Angeln heben“**

Man könne in sechs Monaten die Welt nicht aus den Angeln heben, gesteht Puntscher-Reikmann ein. Gut gemanagt habe Österreich bereits die nächsten Erweiterungsschritte. Ein kleiner Mitgliedstaat könne nicht politischen Druck ausüben, wie das zuletzt Großbritannien getan habe; umso mehr sollte Österreich, da wo Friktionen sind, vermittelnd wirken, findet Höll. Man werde sich auch profilieren wollen. „Mag sein, dass uns das noch bevorsteht, vielleicht was die Zukunft auf dem Balkan betrifft.“

*„Salzburger Nachrichten“, 11.03.2006*

